Nr. 58. Halle (Saale), Montag, den 10. März 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Postbezug 1,20 Mk. Postzeitungsgebühr, 42 Pfg. Zustellungsgebühr. Bei Zustellung durch Boten monatlich 1,50 Mk., vierteljährl. 4,50 Mk., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 43-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1615.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene, 35 mm breite Millimeterzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 22 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, evtl. am Tage vorher erbet. Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 43-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Ans Werk!

Genossen und Genossinnen!

Unter den Stürmen der Revolution hat in Berlin vom 2. bis 6. März der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt. Er hat der Partei den Weg gewiesen, der zur Besitzergreifung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus führt. In scharfen Meinungskämpfen wurde die Selbstverständigung erzielt.

Das Rätesystem, die Kampforganisation, die sich das Proletariat in der Revolution geschaffen hat, ist von dem gesamten Parteitag als entscheidendes Mittel zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft verkündet worden. Die von allen Klassenfeinden des Proletariats verfemte Räteorganisation schließt die Arbeiter zu einer einheitlichen Kampffront zusammen. Sie ist das unentbehrliche Instrument, mit dem das Proletariat die politische Macht erringt und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchführt. In dieser Erkenntnis hat der Parteitag sein Aktionsprogramm aufgestellt.

Es fordert zunächst, daß die politischen und wirtschaftlichen Funktionen des Rätesystems in der Verfassung festgelegt und verankert werden.

Es fordert die sofortige Vergesellschaftung der entscheidenden Wirtschaftszweige.

Es fordert eine sozialistische Steuer- und Finanzpolitik, alle sozialpolitischen und kulturellen Maßnahmen zur körperlichen Gesundung und geistigen Höherentwicklung des Volkes.

Es fordert die Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch sofortige Beseitigung des Militarismus, Abschaffung der Freiwilligenkorps und Errichtung einer proletarischen Volkswehr.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen anderen Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwickelung begriffen ist. Ihr reiches, inneres Leben, die Fortschritte ihrer Organisation und ihrer Presse zeugen dafür, daß die proletarischen Massen ihr zuströmen.

Der Parteitag hat Klarheit geschaffen über die Bahn, die das Proletariat zu verfolgen hat. Es darf sich nicht ablenken lassen durch die Illusion, daß gewaltsames Vorgehen von Minderheiten und vereinzelte Teilaktionen es seinem Ziele näherbringen. Birgt dieses die Gefahr der Zersplitterung und Schwächung der Arbeiterklasse in sich, so würde das Verlassen grundsätzlicher, proletarischer Politik die Zukunft des Sozialismus vernichten. Das zeigt die Politik der Rechtssozialisten.

Ihre Führer, die viele Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Macht der Gewohnheit in ihrem Bann halten, enthüllen immer deutlicher den Charakter dieser Politik. Wie sie mit den bürgerlichen Parteien während des Krieges die Regierung unterstützt und zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben, so haben sie sich jetzt mit der demokratischen Partei und dem Zentrum zu einer Regierung verbunden, die trotz aller schillernden Worte von „Sozialisierung“ und „sozialistischem Arbeiterrecht“ den Kapitalismus nicht ernstlich entgegentreten kann. Diese scheinsozialistische Regierung betreibt eine blutige Gewaltpolitik, wie sie nie in Deutschland, auch nicht in den Zeiten der ärgsten Reaktion, erlebt worden ist.

In klarer Erkenntnis dieser schmachvollen Zustände wenden sich in den letzten Wochen Scharen Proletarier von den rechtssozialistischen Führern ab; jede Gemeindewahl liefert dafür den bündigen Beweis. Diese Scharen gilt es zu sammeln unter dem Banner des revolutionären, internationalen Sozialismus, das die U. S. P. D. aufgepflanzt hat. So muß es, so wird es zur Geschlossenheit des gesamten klassenbewußten Proletariats kommen.

Genossen und Genossinnen! Ans Werk mit revolutionärer Kraft!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Artur Crispien. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase. Gustav Laukant. Dr. Julius Moses. Anna Nemitz. Luise Zietz.

Berlin, den 7. März 1919.

Sozialisierungs-Beratung

in der Nationalversammlung.

Weimar, 8. März 1919.

Fortsetzung der Beratung des Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Abg. Henke (U. S.): Die breiten Massen der Arbeiter erwarten mit vollem Recht von der Sozialisierung eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Die Sozialisierung des Bergbaues und einer ganzen Anzahl anderer Betriebe ist eine einfache Aufgabe, deren Lösung die Arbeiter längst gefordert haben. Nach Ansicht meiner Parteifreunde kann die Sozialisierung nur auf dem Wege des schärfsten Klassenkampfes gelöst werden. Die Arbeiter sind durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen aus dem seelischen Gleichgewicht gekommen, haben aber auch Einsicht genommen in Wesen und Natur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ihre Ungeduldigkeit in ihren Forderungen solle man zu verstehen suchen, statt sie einfach zu verurteilen und zu dem Satze zu kommen: Gewalt gegen Gewalt. Ein Fehler ist es auch, daß man beim Bergbau nicht mit der Produktion anfängt. Gewiß bestehen Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz. Durch die Sozialisierung werden die Arbeiter anderer Länder ermutigt werden, um uns zu folgen. Die Sozialisierung wird auch kein Hindernisgrund für den internationalen Handel sein. Arbeitslust und Idealismus der Arbeiter werden gewaltig angefacht werden. Ich hoffe, daß das Drängen der Massen draußen, das weitergehen wird, die Regierung dazu treiben wird, sehr bald mit anderen besseren Sozialisierungsvorlagen zu kommen.

Abg. Hugenberg (Dn. V.): Man kann nicht so sozialisieren, wie die beiden entleglich oberflächlichen Gesetzentwürfe es wollen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft. Ohne freie Wirtschaft gibt es keine Ehrlichkeit. Wir stellen den Antrag, beide Vorlagen an einen Ausschuß zu verweisen.

Ministerpräsident Scheidemann: Die Behauptung, die Regierung habe unter dem Drucke der Straße diese Vorlagen gemacht, weise ich auf das entschiedenste zurück. Mit welchen Behauptungen gehen Sie nur den Leuten, die uns durch Gewalt auf der Straße zwingen wollen, die Ueberzeugung, daß sie in der Tat nur Gewalt anwenden brauchen, um etwas zu erreichen. Wir haben jetzt, wo der Augenblick dazu gekommen ist, angefangen, unser Regierungsprogramm zu verwirklichen. Wir können die Ohren vor den Stimmen der Zeit nicht verschließen. Gegenüber Verbrechen werden wir mit äußerster Entschlossenheit und unbeugsam die Gesetze handhaben. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich den Massenstreik in diesem Augenblick als politisches Kampfmittel verwerfen muß. Er war in diesem Augenblick ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke. Es ist aber Pflicht der Regierung, die Arbeiter zu gleichberechtigten Mitverwaltern des wirtschaftlichen Lebens machen. Was die Sehnsucht von Millionen in allen Ländern gewesen ist, seit es eine Arbeiterbewegung gibt, das soll hier zum ersten Male zur Tat werden. Darin soll die deutsche Republik ein Vorbild der ganzen Welt sein, daß sie diese Tat entschlossen und ohne Zaudern ausführt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Molkenbuhr (Soz): Die Kapitalisten sind in manchen Betrieben vollständig überflüssig geworden. Nach dem Zusammenbruch der alten Gesellschaft müssen die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen. Es wird eingewendet, die Sozialisierung der Bergwerke erleichtere der Entente die Beschlagnahme. Im englischen und französischen Volk wird man eher geneigt sein, den Schwerindustriellen Annexionisten etwas wegzunehmen, als dem gesamten deutschen Volke. Die Sozialisierung in der vorgeschlagenen Form wird uns aus dem wirtschaftlichen Chaos herausbringen.

Der Zentrumsabgeordnete Imbusch machte einige Ausführungen, die sich freundlich zur Sozialisierung der Gewinne stellten. Dann wurde die Sitzung bis ½4 Uhr nachmittags ausgesetzt.

In der Nachmittagssitzung feindete der Abgeordnete Wallbaum, deutschnational, die Sozialisierung an. Reichsminister Giesberts erklärte, die Regierung sei sich in der Frage der Sozialisierung vollkommen einig. Er wendete sich gegen den überspannten Eigentumsbegriff.

Dann sprach unser Genosse Koenen

in längeren Ausführungen zur Frage der gesamten Sozialisierung. Er befürwortete das Rätesystem, das allein die Arbeitsunlust überwinden könne. Genosse Koenen kam auch ausführlich auf den

mitteldeutschen Generalstreik

zu sprechen. Wir werden seine Darlegungen morgen ausführlich bringen.

Reichswirtschaftsminister Wissel empfahl die Regierungsvorlage. Abgeordneter Stresemann (D. V.) verteidigte den Privatbesitz der Unternehmer und drohte, daß die führenden Kräfte unserer Industrie bei weiterer Sozialisierung ins Ausland gehen würden. Abgeordneter Erkelenz, Demokrat, sprach für Bildung von Arbeiterkammern.

Die Gesetzentwürfe wurden dem Reichs-Haushalts-Ausschuß überwiesen. Am Montag wird die Ernährungsfrage behandelt. Schluß 8 Uhr.

Am Dienstag soll im Plenum der Nationalversammlung die zweite Lesung des Sozialisierungsgesetzes erfolgen, am Mittwoch die zweite Lesung über die Kohlenwirtschaft und am Donnerstag sollen beide Gesetze in dritter Lesung verabschiedet werden.

In das Chaos!

Bruder-Bürgerkrieg, Chaos, Deutschlands Ende, vollständiger Zusammenbruch! So und ähnlich tönen die Schlagworte, mit denen die kapitalistischen Interessenvertreter Stimmung für die bürgerlich-reaktionären Pläne zu machen versuchen. In ein Chaos treiben wir tatsächlich hinein. Augenblicklich sind es wieder mal die hohen Löhne und die noch immer weiter gehenden Forderungen der Arbeiter, die der Unternehmer Weh und Ach veranlassen. Die Lohnkosten sind heute in manchen Industrien um das 8- bis 4fache größer als vor dem Frieden. Der Kurswert der deutschen Reichsmark ist auf die Hälfte des Friedensstandes und noch tiefer gesunken. Das bedeutet eine weitere sehr erhebliche Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Geht daher die Entwicklung der Löhne weiter, setzt nicht sofort eine starke rückläufige Bewegung ein, dann kann Deutschland keine Industrieerzeugnisse ausführen; können wir das nicht, dann sind wir auch nicht in der Lage Lebensmittel zu bezahlen. Das Volk muß hungern, wenn nicht die Löhne gesenkt werden!

Mit derartigen Behauptungen und Schlußfolgerungen ist zurzeit die bürgerliche Presse gespickt. Nicht nur die bürgerliche Presse. Die ihr sehr eng geistesverwandt gewordenen Scheidemannblätter und Gewerkschaftsorgane argumentieren ebenso. Diese Wirtschaftspolitiker sehen nur eine wirkliche Gefahrenklippe für das Volk, nur ein ernsthaftes Hindernis für den Anlauf zu neuem wirtschaftlichen Aufstieg: das sind die hohen Löhne! Gestehen wir es offen: Die Schlußfolgerungen haben eine Berechtigung — sobald man die kapitalistische Brille aufsetzt, die Dinge unter dem Gesichtswinkel kapitalistischer Interessenpolitik betrachtet.

An sich ist es richtig zu sagen: In einem Lande, das exportieren muß, können die Löhne nicht unbegrenzt steigen, oder der Unternehmer wäre von einer gewissen Lohngrenze an gezwungen, mit Verlust auszuführen. Das kann und will niemand. Da andererseits Deutschland gewerbliche Erzeugnisse ausführen muß, um dringend notwendige Lebensmittel und Rohstoffe einführen und bezahlen zu können, so müssen die Löhne mindestens in Einklang mit den Weltmarktpreisen gehalten werden.

Ist das richtig, dann müßte man auch die Notwendigkeit und Berechtigung des Senkens der Löhne anerkennen.

Die Interessenvertreter des Kapitals zeigen jedoch nur die eine Seite der Medaille. Man muß aber auch die andere sehen, jene Seite, die den Wert der Münze angibt. Den vielbeklagten hohen Löhnen stehen auch hohe und noch mehr als die Löhne gesteigerte Preise gegenüber. Und diese waren der Ausgangspunkt der ganzen Entwicklung. Das Abschnüren Deutschlands vom Weltmarkte, der plötzlich hervortretende Bedarf an Lebens- und Futtermitteln, besonders auch an Kriegsmaterial, schaltete das bisher teilweise noch wirksame Gesetz von Angebot und Nachfrage vollständig aus; Grundbesitzer und Industrielle verstanden die Konjunktur zu nützen, man trieb die Preise ganz willkürlich in die Höhe. Das Vaterland war in Gefahr und Not, das Kapital jauchzte, es machte Bombengeschäfte.

Die Preistreiberei erfaßte das ganze Wirtschaftsleben. Sie setzte schon 1914 ein, als die Löhne vielfach noch gekürzt wurden. Alsbald begann der Kreislauf. Die Löhne versuchten, den vorauseilenden Preisen zu folgen. Von einem Einholen jedoch konnte keine Rede sein; schneller eilend, mit größeren Sprüngen blieben die Preise mit den Steigerungen an der Spitze. Sind die Löhne um das dreifache gestiegen, dann die Preise um das fünf-, sechsfache und mehr. Zurzeit ist die Knappheit an Nahrungsmitteln und Rohstoffen größer denn je; der Zustand auf dem Warenmarkte, daß das Angebot die Nachfrage decken und von dieser Seite aus eine „Regelung“ der Preise erfolgen könnte, liegt für uns vorläufig noch in weiter Ferne. Daher ist ein bemerkenswertes Sinken der Preise in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Für viele Gebrauchsgüter mußten die Käufer in den letzten Wochen sogar noch Aufschläge bezahlen. Dabei sind viele Haushalte vom Notwendigsten entblößt, viele Krieger und Hilfsdienstpflichtige, die zurückkehren, müssen vielerlei neu anschaffen für das, was während der Kriegszeit verbraucht worden ist. Dazu reichen die jetzigen Löhne meistens nicht. Nun sollen sie herabgesetzt werden?!

Glaubt man wirklich, daß die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen würden? Hunger tut weh. Jetzt schon ist die Zahl der empfindlich Darbenden sehr groß; sie wächst noch weiter mit dem Zuzug der Feldgrauen. Die noch nicht verlöschte Empörung über alles Unheil, das die Kriegstreiber und die früheren Gewalthaber über das Volk gebracht haben, bekommt neue, kräftige Nahrung. Die arbeitslosen und arbeitenden Notleidenden wissen, daß ein kleiner Teil des Volkes während des Krieges Reichtümer zusammengescharrt hat. Man sieht auch, daß die Wohlhabenden immer noch allerhand Nahrungsmittel erlangen, die den Armen unerreichbar sind und bleiben. Die Erregung steigert sich weiter, bis sie explosiv zur Entladung kommt; Hungerkrawalle brechen aus, der Bürgerkrieg wird unvermeidlich. Anstatt geordnete Verhältnisse zu schaffen, steuert man auf diese Weise in das Chaos hinein.

Man kann aber auch nicht plötzlich die Preise stark herabsetzen, um auf diesem Wege die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Einmal wird durch keine wirtschaftspolitische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190310-17/fragment/page=0001

Maßnahme die Summe der Vorräte erhöht. Dann, und des ist das Entscheidende: senkt man die Preise, dann fällt der Anreiz für das Kapital, produzieren zu lassen, es übt passiven Widerstand. Die Verhältnisse würden noch schwieriger, der Mangel an Waren größer. Wiederum wären die Voraussetzungen zu Krawallen, Plünderungen, Straßenkämpfen gegeben.

Hier stoßen wir auf das wirkliche Hindernis für eine Neuordnung des Wirtschaftslebens, wie sie die gegebenen Verhältnisse überhaupt erlauben können. Das Hindernis ist der Kapitalismus als Beherrscher des Produktionsapparates. Er stört und hemmt die Aufnahme der Warenerzeugung und er belastet die Arbeit vorweg mit dem ungeheuren Zinsendienst, der sich aus den Kriegsanleihen und der Tributpflicht an das die Güterherstellung und -verteilung beherrschende Kapital ergibt. Räumt man dies Hindernis aus dem Wege, dann ist der Weg zu gesunden Verhältnissen zu gelangen, so frei gemacht worden, wie das überhaupt möglich ist.

Aber dies Hindernis, die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft, will man ja nicht beseitigen, im Gegenteil, alle reaktionären Kräfte und Mächte aufgeboten, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung an der Macht zu halten. Die Gewinnmacherei ist den Interessenvertretern alles, Volkswohlfahrt, sozialer und kultureller Aufstieg ist den Kapitalisten Nebensache, lieber Bürgerkrieg, als Verzicht auf Profit!

Sozialisierung muß Beseitigung der Kapitalisten bedeuten!

Standrecht in Berlin.

Die scheußlichen Zerfleischungskämpfe.

Berlin, 9. März. Der Oberkommandierende in den Marken, Reichswehrminister Noske, erließ heute das Standrecht über Berlin. Danach ist jede Person, die mit den Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ohne weiteres zu erschießen.

Die Regierung läßt durch ihr W. T. B. Meldungen von geradezu teuflischen Einzelkämpfen melden, daß darf man nie vergessen, daß diese Darstellungen alle im Regierungssinne gehalten sind. Andere Nachrichten sind natürlich nicht zu erlangen. Im folgenden seien einige dieser Schreckensmeldungen der Regierung wiedergegeben:

Berlin, 9. März. Nach ihrem Mißerfolg in Berlin besetzten die Spartakisten gestern abend Lichtenberg und unternahmen einen Rachezug gegen die Polizeiwache des 1. Reviers, die am Dienstag einen Spartakistenangriff unter beiderseitigen Verlusten abgewiesen hatte. Die Spartakisten ermordeten sämtliche Offiziere, Wachtmeister und Soldaten, angeblich 60 an der Zahl.

Berlin, 10. März. Von der Besatzung der Lichtenberger Post retteten sich drei Soldaten, die bereits an die Wand gestellt waren und erschossen werden sollten, im letzten Augenblick dadurch, daß sie erklärten, zum Spartakismus übertreten zu wollen. Sie bestätigen, daß die übrige Besatzung von den Spartakisten ermordet wurde, ebenso den Massenmord an den Beamten des Polizeipräsidiums.

Noch einige derartige Schreckensnachrichten.

Berlin, 9. März. Fünf Regierungssoldaten sagten aus: Im Omnibusdepot in der Warschauer Straße sollten wir mit 18 Leuten zusammen erschossen werden. Die Erschießung auf dem Hof, der wir beiwohnten, wurde von früheren Verbrechern und Zuchthäuslern ausgeführt, während die eigentlichen Spartakisten größtenteils ohne Waffe dem Treiben zusahen. Die Leute, die von uns vernommen waren, wurden dann immer zu je 18 Mann auf Verpflegungswagen gestellt und dann erschossen. Wenn die Wagen voll waren von den Leichen, fuhren die Spartakisten ihre Opfer ab. Auf dem Hofe des Omnibusdepots spielten sich furchtbare Szenen ab. Die gefangengenommenen Kriminalbeamten wurden, mindestens 60 an der Zahl, geschlossen von Spartakisten alle durch Kopfschuß getötet. Beamte, die sich zur Wehr setzen wollten, wurden teilweise von vier bis fünf Spartakisten gehalten, während der sechste ihnen mit der Pistole zwischen die Augen geschossen. Gestern wurde eine Spartakistin verhaftet, die nach dem Zeugnis einwandfreier Zivilpersonen an der Tötung von mindestens 20 Mann aktiv beteiligt gewesen ist.

Diese Proben der Regierungsberichterstattung genügen wohl...

Die Zahl der Todesopfer wird in der B. Z. a. M. auf 200 geschätzt, die der Verwundeten auf über 1000. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Spartakisten schießen mit Kanonen und Fliegerbomben. — In der Frankfurter Allee stellten die Spartakisten drei Mann der Regierungstruppen, die in ihre Hände gefallen waren, an die Wand und erschossen sie; ein anderer Soldat wurde durch Beilhiebe getötet. — In der Wrangelstraße wurde ein mit dem Roten Kreuz versehenes Krankenautomobil von bewaffneten Spartakisten überfallen. Die in dem Automobil liegenden Verwundeten wurden zum Entsetzen des Publikums herausgerissen und sämtlich getötet. (W. T. B.)

Die Straßenbahner streiken weiter. Sie fordern: Vorherige Entfernung der Freiwilligen-Truppen aus Berlin, Bezahlung der Streiktage und Wiedereinstellung gemaßregelter Angestellter.

Natürlich auch ein „schriftlicher Plan".

Berlin, 8. März. B. Z. a. M. zufolge wurde bei verhafteten Führern der Kommunisten ein schriftlicher Plan gefunden, wonach unter anderm am fünften Tage des Aufruhrs die deutsche Räterepublik ausgerufen werden sollte.

Leipzig.

Leipzig, 8. März. In der gemeinschaftlichen Sitzung des A.- und S.-Rates und der Betriebsausschüsse wurde der Beschluß gefaßt, **die Arbeit in allen Betrieben Dienstag früh wieder aufzunehmen.**

W. T. B. meldet: In Leipzig kam es am 8. März als der Streik zusammenbrach und die Vertreter der Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, am Johannisplatz, dann in der inneren Stadt, dann aber auch in den inneren Stadtvierteln zu Schießereien. Ganze Stadtviertel wurden abgesperrt.

Preußische Landesversammlung. Berlin, 9. März. Die Eröffnung der preußischen Landesversammlung findet am Donnerstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, im Abgeordnetenhause statt.

Thüringen.

Erfurt, 8. März. Gestern ist der Generalstreik für Mitteldeutschland beigelegt worden.

Koburg, 8. März. Der Generalstreik in ganz Thüringen ist beendet, so daß der Post-, Telegraph- und Telephonverkehr mit Süd-Thüringen wieder aufgenommen werden konnte. Die Strecke Neudietendorf—Vieselbach ist seit gestern wiederhergestellt, so daß auch der Zugverkehr aus Süddeutschland über Erfurt keine Einschränkung mehr erleidet.

Braunschweig.

Die kapitalistische Presse meldet folgendes aus Braunschweig: Braunschweig ist der „Sammelplatz aller Verjrengten". Der ununterdrochen dort weilende frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn habe jetzt seinen Dienstamen „Kühl" abgelegt. Gestern und vorgestern sei er in großen parteipolitischen Versammlungen unter seinem richtigen Namen aufgetreten.

Einigung in Bayern.

München, 8. März. Der Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hat zu den Vorschlägen der Einigungskommission Stellung genommen, die u. a. die Einberufung des Landtages zu einer kurzen Tagung und die Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums mit Einbeziehung eines bauernbündlerischen Landwirtschaftsministeriums vorsehen und die einen Mittelweg zwischen den Forderungen der Mehrheit und der äußersten Linken darstellen sollten. Die Redner der äußersten Linken und die Vertreter der Unabhängigen wandten sich scharf gegen eine Kompromißpolitik. Die Abstimmung ergab Ablehnung aller Abänderungsanträge und **Annahme der Vorschläge der Einigungskommission** mit etwa zwei Drittel Mehrheit. Dr. Lewien erklärte dann namens der Kommunisten, daß diese die Mitarbeit in der Regierung ablehnen.

Der Mord an Eisner.

München, 7. März. Der Zentralrat veröffentlicht einen Bericht über das bisherige Ergebnis der Untersuchung. In dem Berichte heißt es: Der Mörder Eisners ist der Leutnant Anton Graf Arco Valley, geboren 1899 in Oesterreich. Arco ist geständig, den Ministerpräsidenten vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet und ihn auf dem Gang zum Landtag aufgelauert zu haben. Als Beweggrund gibt er an, er habe die Teilnahme Eisners an den Regierungsgeschäften für ein Unglück für Bayern gehalten. Da mit dem freiwilligen Rücktritt des Ministers nicht zu rechnen gewesen sei, habe er sich entschlossen, ihn gewaltsam zu beseitigen. Nach eingehend aufgelegenen Ermittlungen ist es wahrscheinlich, daß Graf Arco sich zu der Tat ohne Verabredung mit Dritten entschloß.

Das zweite der eingeleiteten Strafverfahren beschäftigt sich mit der Aufklärung der Vorfälle im Landtagsgebäude. Auf Grund zahlreicher Vernehmungen steht u. a. fest, daß ein Mann den Sitzungssaal betrat, dem Minister Auer ein Schimpfwort zurief und aus nächster Entfernung auf den Minister zwei Schüsse abfeuerte. Major v. Gabreis stellte sich dem Täter entgegen, wurde aber sofort durch einen Schuß in den Halsgegend niedergestreckt. Der fremde Mann feuerte, ehe er den Saal verließ, noch mehrere Schüsse ab. Es besteht die dringende Annahme, daß der Abgeordnete Osel von einem dieser Schüsse getroffen wurde. Die Persönlichkeit des Täters ist festgestellt. Es handelt sich um den Metzger Alois Lindner, geboren 1887 in Kelbheim. Lindner konnte bis jetzt nicht festgenommen werden.

Zur Lebensmittellieferung.

Neuyork, 9. März. In der Tagesübersicht des amerikanischen drahtlosen Dienstes von heute wird gesagt: Die Alliierten gäben zu, daß Deutschland mit Lebensmitteln versorgt werden müsse, Frankreich wünsche aber, daß Amerika die finanziellen Lasten auf sich nähme. Das würde bedeuten, daß die Vereinigten Staaten Lebensmittel im Werte von einer halben Milliarde Dollar kaufen und lange Zeit auf die Rückerstattung der Summe warten. Möglicherweise würden die Alliierten und die Amerikaner sich dahin einigen, Deutschland im Austausch für die deutschen Handelsschiffe die Lebensmittelversorgung bis zum nächsten Januar zu garantieren.

Paris, 9. März. Der Oberste Rat nahm Vorschläge an, die man annehmbar für die Deutschen hält, um die in Spaa abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Mit diesen Vorschlägen wird vorgehen, daß zugleich mit der Auslieferung der deutschen Schiffe **die Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte mit Lebensmitteln im Werte von 100 Millionen Pfund Sterling erfolgt**, die teils in Kohle, Kali usw., teils mit den deutschen Guthaben in neutralen Ländern und teils mit ausländischen Wertpapieren im Besitze Deutschlands bezahlt werde.

Amerikanisches Schmalz. Nach einer Meldung aus Danzig wurden die ersten 125 Tonnen amerikanischen Schweineschmalzes der Stadt Danzig zur Verfügung gestellt. Die Ausgabe an die Bevölkerung könne in dieser Woche erfolgen, vorausgesetzt, daß Ruhe und Ordnung erhalten bleibt.

Parteitagsschluß.

Die Entscheidung.

Aus Berlin, 8. März, wird uns geschrieben:

Der letzte Verhandlungstag des Parteitages brachte die Entscheidung über **die zukünftige Haltung der Partei.** Neben den Einwendungen, die gegen ihn vorgebracht worden waren, ging Dänmig in seinem Schlußwort nochmals auf die Aufgaben und die bisherige Wirksamkeit der Arbeiterräte ein. Er sieht in ihnen die Träger des zukünftigen Aufbaues des Sozialismus und erwartet von ihrem Wirken gute Früchte für die Arbeiterklassen. Das Schlußwort Haases war eine ausführliche Darlegung der Motive der Haltung der Mitglieder der Regierung und des Vorstandes der Partei. Von großer Bedeutung war eine Darlegung über die Rolle des Führers in der sozialdemokratischen Bewegung. Er soll der Dolmetsch der Massen sein, sich aber nicht im Schlepptau der Massen befinden. Er muß sich auch unterordnen können, wenn die Mehrheit einmal gegen ihn entscheidet. Die Rede Haases in ihrer sachlichen Schärfe und in ihrer Entschiedenheit gegen die unklaren Auffassungen in den verschiedenen Fragen machte auf den Kongreß starken Eindruck. Sodann wurde über die von der Kommission vorgelegte Resolution abstimmt. Zu den entscheidenden Stellen der Resolution waren Zusatzanträge eingebracht. Die Abstimmung zeigte den starken Gegensatz der Auffassungen, die den Kongreß beherrschten. Während der Zusatzantrag Haases, der erklärt, daß die Partei die Herrschaft des Proletariats als Vertreters der großen Volksmehrheit erstrebt, abgelehnt wurde, wurden auch Anträge, die den Parlamentarismus nur agitatorische Bedeutung zumessen wollten, abgelehnt. In beiden Fällen war Annahme oder Ablehnung mit nur einer ganz geringen Stimmendifferenz beschlossen worden. Der Kongreß zeigte in den entscheidenden Fragen zwei fast gleich große Strömungen. **Bei der Endabstimmung wurde die Resolution der Kommission Fragen acht Stimmen angenommen.** Die Motive der acht Gegner der Resolution waren aber durchaus einheitlich.

(Wir haben die Entschließung in der letzten Nummer fals „Entschließung Haase") im vollen Wortlaut mitgeteilt. Red.)

Die Nachmittagssitzung zeigte die Gegensätze in der Partei in noch unverhüllterer Form. In der Vormittagssitzung war ein Antrag auf Annullierung der Kriegsanleihe angenommen worden. Ein jetzt gestellter Zusatzantrag, der die Entschädigungspflicht für kleine Zeichner und öffentliche Körperschaften feststellt, entfesselte eine stürmische Diskussion. Bei einer neuen Abstimmung wurde der Antrag auf Annullierung der Kriegsanleihe mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen, dann aber auch der Zusatzantrag mit großer Mehrheit beschlossen.

Zu noch stürmischeren Auseinandersetzungen kam es bei der Wahl des Vorsitzenden. Die „gemäßigtere" Strömung vereinte sich um Haase, die oppositionelle um Dänmig. Die Wahl ergab für Haase 154, für Dänmig 109, für Ditzmann-Frankfurt a. M. 59 Stimmen. Haase lehnte ab, da ihn von Dänmig zu große sachliche Gegensätze trennten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden, um eine Zerreißung der Partei zu verhindern. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärten die Delegierten von Hamburg, Braunschweig, Hannover, Hessen-Nassau, Thüringen, sowie eines großen Teiles von Rheinland-Westfalen, daß sie nicht für Dänmig gestimmt hätten, wenn sie es gewußt hätten, daß die Wahl Dänmigs ein solches Hindernis bereiten würde. Ferner, daß es unmöglich sei, als Vorsitzenden der Partei einen Genossen (Dänmig) zu wählen, der gegen die programmatische Kundgebung gestimmt habe. Aber auch die Auffassung kam zum Wort, daß man eben den Rücktritt Haases erringen müsse. In einer persönlichen Bemerkung erklärte dann Dänmig, daß er der Einigkeit der Partei wegen von seiner Kandidatur zurücktrete. In einem neuen Wahlgang wurden, da Ditzmann verzichtete, Haase und Crispin zu Vorsitzenden gewählt. Mit diesem Beschluß ist das weitere Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen der Partei ermöglicht. Wenn auch der Parteitag nicht in allen Fragen Klarheit gebracht hat, so hat doch die fast einmütige Annahme der programmatischen Kundgebung gezeigt, daß es jetzt eine Grundlage für die künftige Tätigkeit der Partei gibt, die von der großen Mehrheit der Genossen gebilligt wird.

Als Sekretäre wurden gewählt Frau Zietz und Dittmann, als Beisitzer Lankant-Berlin, Frau Remitz, Tr. Mojes.

Unter dem Eindruck der von Haase über die blutigen Kämpfe in den Straßen gemachten Mitteilungen ging der Parteitag auseinander in dem einmütigen Bestreben, die Revolution fortzuführen und die Verwirklichung des Sozialismus mit aller Kräften zu betreiben.

Rätekongreß.

Richtlinien für die Delegierten-Wahlen.

Die vom Zentralrat herausgegebenen Richtlinien für die Wahlen zum zweiten Rätekongreß haben folgenden Wortlaut:

1. Der zweite Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte soll eine Zusammenfassung der Anschauungen der deutschen Arbeiter, Soldaten und Bauern ermöglichen. Hiervon ausgehend soll sich der Kongreß aus Delegierten zusammensetzen, die gemäß den nachstehenden Richtlinien gewählt sind.

2. Um den Zweck des Kongresses zu erreichen, ist es erforderlich, daß die Arbeiter- (auch Landarbeiter-), Soldaten- und Bauernräte neu gewählt werden. Eine Neuwahl kann unterbleiben, wenn die zurzeit bestehenden Arbeiter- und Bauernräte im wesentlichen im Sinne der nachstehenden Richtlinien zusammengesetzt sind und Einspruch gegen die Unterlassung der Neuwahl seitens der zuständigen Parteiorganisationen nicht erfolgt. Die Neuwahlen müssen bis zum 16. März d. J. erfolgt sein. Sie finden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Als Wahlbezirk gilt die Gemeinde (Stadt, Bürgermeisterei, Amtsbezirk, Gutsbezirk). Benachbarte Gemeinden können sich zu einem Wahlbezirke vereinigen. Den örtlichen Organisationen wird empfohlen, zur ordnungsmäßen Durchführung der Wahlen die Hilfe der Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen.

3. In Wahlbezirken mit weniger als 10000 Einwohnern kann die Wahl in Wahlversammlungen stattfinden. In diesem Falle legitimiert sich der Wahlberechtigte durch seine Anwesenheit.

3. Wahlberechtigt und wählbar zu den Arbeiterräten sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, sofern das Jahreseinkommen den Betrag von 10000 Mk. nicht übersteigt.

Als Wahlausweis gilt eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung über Beschäftigung und Lohn- bzw. Gehaltshöhe. Arbeitslose Wahlberechtigte weisen sich durch Vorlage der Arbeitslosenkarte aus.

4. In Orten mit überwiegend Landwirtschaft treibender Bevölkerung sollen neben Arbeiterräten bzw. Landarbeiterräten eine entsprechende Anzahl Bauernräte gewählt werden. Die Wahl erfolgt in derselben Weise wie zu den Arbeiterräten. Wahlberechtigt und wählbar sind alle über 20 Jahre alten Personen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb zu eigen oder in Pacht haben, und die im Betriebe beschäftigten über 20 Jahre alten Familienangehörigen.

5. Alle weiteren Einzelheiten des Wahlverfahrens, insbesondere die Festsetzung der Zahl der Arbeiter- und Bauernräte bleibt den einzelnen Wahlbezirken überlassen.

6. Die Delegierten zum zweiten Rätekongreß sind bis zum 21. März d. J. auf den für die Wahlkreise einzuberufenden Konferenzen der Arbeiter- und Bauernräte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen. Die Einladungen zur Wahlkreiskonferenz erfolgen von der Arbeiter- und Bauernratszentrale des Wahlkreises.

Die Anzahl der auf die einzelnen auf der Konferenz vertretenen Arbeiter- und Bauernräte entfallenden Stimmen richtet sich nach der Einwohnerzahl. Auf je 5000 Einwohner entfällt eine Stimme. Wahlbezirke mit weniger als 5000 Einwohnern haben ebenfalls eine Stimme.

Es werden folgende Wahlkreise gebildet; für jeden Wahlkreis sind Delegierte zu wählen:

(Wahlschlüssel wird noch veröffentlicht.)

Bei dieser Verteilung ist darauf Rücksicht genommen, daß auf je 250000 Einwohner ein Kongreßdelegierter entfällt.

Ueber die Wahl der Delegierten ist ein von der Konferenzleitung unterschriebenes Wahlprotokoll anzufertigen. Den Delegierten zum Rätekongreß ist ein auf den Inhaber lautendes Mandat auszustellen, welches von mindestens zwei der Unterzeichneten des Wahlprotokolls unterschrieben sein muß.

7. Bei allen Truppenteilen, bei denen die bestehenden Soldatenräte nicht gemäß dem Erlaß des A.-u.-S. vom 19. Januar 1919 gewählt worden sind oder bei denen überhaupt noch keine Soldatenräte bestehen, hat bis zum 16. März 1919 eine Neuwahl auf der in diesem Erlaß vorgezeichnen Grundlage zu erfolgen.

Auf die Soldatenräte eines jeden Armeekorps entfällt ein Kongreßdelegierter. Die Wahl findet in Versammlungen der Soldatenräte der einzelnen Armeekorps statt. Außerdem wählen die Marinestationen Ostsee und Nordsee je einen Vertreter, ebenso die Ostfront.

Eine Einladung an den Reichsausschuß der Arbeiterräte Oesterreichs und den Reichsausschuß der Soldatenräte Oesterreichs ist ebenfalls ergangen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. März 1919.

Lohnbewegungen in Halle im Jahre 1918.

Das Jahr 1918 brachte eine weitere, und zwar erhebliche Verteuerung des Lebensunterhalts. Die Arbeiterschaft war daher gezwungen, durch Lohnbewegungen eine Erhöhung ihres Einkommens herbeizuführen, um so einigermaßen einen Ausgleich mit den Mehrausgaben zu erwirken. So kam es, daß fast alle Gewerkschaften Versammlungen usw. mit den Unternehmern pflogen wegen Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Im Allgemeinen wurden sie durch den Mangel an Arbeitskräften begünstigt. Zu Arbeitseinstellungen kam es nur in einigen Ausnahmefällen. Die Lohnaufbesserungen waren fast meist in die Form von Teuerungszulagen zu den tariflichen Löhnen gekleidet. Bemerkenswert sind folgende Vorgänge.

Die Bauarbeiter verzeichnen fünf Lohnbewegungen, davon drei mit Arbeitseinstellungen. Ende des Jahres 1918 betrug der Stundenlohn eines Maurers 1,47 Mk., der eines Bauarbeiters 1,36 Mk. Der Bergarbeitern gelang es im November, Lohnzulagen bis zu 40 v. H. zu erzielen. In den Großbäckereien wurden die Löhne auf 45 bis 59 Mk. je Woche erhöht, durch Vereinbarungen mit der Bäckerinnung wurde der Mindestlohn für Ausgelernte von 32 auf 38 Mk. erhöht. Die Brauerei- und Mühlenarbeiter verzeichnen 16 Lohnbewegungen, darunter eine mit Arbeitsniederlegung. Es wurden Teuerungszulagen bis zu 40 v. H. erzielt. Die Buchdrucker setzten im Rahmen der Tarifgemeinschaft eine zweimalige Lohnerhöhung durch, und zwar am 1. August um 10 Mk. und am 1. Dezember um 4 Mk. Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter unternahmen zwei Teuerungszulage-Bewegungen. Ende des Jahres hatten z. B. die Einlegerinnen ohne Rücksicht auf das Alter einen Gesamtwochenlohn von 24,50 Mk. Die Forderungen der Bureauangestellten hatten bei der Allgem. Ortskrankenkasse vollen Erfolg, bei dem Magistrat nur teilweisen. Die Chorsänger beim Stadttheater erzielten eine Aufbesserung ihrer Gehälter am 1. Mai und 1. September (zuletzt um 50 Mk. im Monat). Die Löhne der Dachdecker wurden durch drei Teuerungszulage-Bewegungen aufgebessert. Die Eisenbahner sowohl bei der Stadtbahn als auch bei der Heitstedter Bahn erzielten durch mehrere Lohnbewegungen wesentliche Lohnerhöhungen und sonstige Vergünstigungen. Der Fabrikarbeiterverband veranstaltete in rund zehn großen Betrieben (Chemische Fabrik Ammendorf, Zuckerraffinerie, Papierfabrik Ammendorf usw.) Lohnbewegungen, die Zulagen von 10 bis 40 v. H. brachten. Die von sämtlichen Gehilfen-Organisationen des Gastwirtsgewerbes eingeleitete Lohnbewegung kam infolge der ablehnenden Haltung der Saalbesitzer und Wirtevereine nicht recht vom Fleck. Die Glaser hatten mit ihren Forderungen schnellen und vollen Erfolg. Die Holzarbeiter erzielten für die Bau- und Möbeltischler, die in den Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter, die Korbmacher und Stellmacher ohne Arbeitseinstellung weitere Teuerungszulagen. Die Krankenpfleger in der Heilanstalt Rietleben reichten Forderungen an die Regierung ein. Die Maler

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190310-17/fragment/page=0002

erreichen durch zentrale Verhandlungen dreimsige Anlagen, so daß Ende des Jahres der Mindestlohnlohn 1,11 Mk. betrug. Den Maschinisten und Heizern brachten fünf Lohnbewegungen, teilweise mit Arbeitseinstellungen, im allgemeinen guten Erfolg. Die Metallarbeiter hatten Lohnbewegungen in fast allen Betrieben, von den größten bis zu den kleinsten. Die Löhne fanden eine merkliche Steigerung. Mehrfach kam es zu Arbeitseinstellungen. Die Porzellanarbeiter hatten zwei erfolgreiche Lohnbewegungen. In der Milchverkehrbranche erzielten die Sattler einen günstigen Nachtrag zum Reichstarif. Den Schneidern brachten zentrale Verhandlungen eine Zulage von 50 v. H. auf den Gesamtlohn. Durch ein geschlossenes Vorgehen brachten es die Steinarbeiter auf einen Stundenlohn von 1,38 Mk. Die Tabakarbeiter konnten die Löhne bis 120 v. H. steigern. Der Transportarbeiterverband verzeichnet 24 erfolgreiche Lohnbewegungen mit 8012 Beteiligten. In einem Speditionsgeschäft kam es zum Streik. Bei den Zimmerern waren die erzielten Verbesserungen die gleichen wie bei den Bauarbeitern.

Diese Erfolge beweisen klar den Wert der Gewerkschaftsbewegung. Ohne sie wäre die Lebenshaltung der Arbeiter eine noch rückständigere. Deshalb sollte es keinen Arbeiter und Angestellten mehr geben, der außerhalb seiner Berufsorganisation steht.

Tätigkeitsbericht der Ernährungs-Kommission des A. u. S. R. (Abteilung „Land“).

Die Abteilung Land der Ernährungskommission des A.- und S.-Rates Halle dient seit ihrer Begründung in den ersten Revolutionstagen der Aufgabe, alle die Behörden in ihrer Tätigkeit zu unterstützen, zu ergänzen und zu kontrollieren, welchen die Beschaffung von Lebensmitteln für die Stadt Halle und Umgebung obliegt. Was zuletzt die Stadt Halle betrifft, stand im Vordergrund die Sorge um die ausreichende Belieferung mit den Hauptnahrungsmitteln Kartoffeln und Mehl.

Die „Kartoffelfrisen“ welche von dem Leiter und den Mitarbeitern der Abteilung in die Lieferkreise Delitzsch, Querfurt, Halbe, Liebenwerda, Torgau, Osterburg gemacht worden sind (an welchen mehreren beteiligte sich ein Mitglied der ehemaligen Kartoffel-Kommission des Arbeiterrates) haben im Verein mit den außerordentlich umsichtigen Bemühungen des Stadternährungsamtes entschieden dazu beigetragen, daß die Kartoffelnot der Novembertage bis auf weiteres behoben worden ist. Der Frost und die Verkehrsschwierigkeiten haben weitere Zufuhren verhindert, so daß es in nächster Zeit der angespanntesten Tätigkeit aller beteiligten Organe bedarf, um nicht Ende März vor leeren Kartoffelspeichern zu stehen, wenn dies überhaupt möglich sein wird. Denn zahlreiche Kommunen Deutschlands sind jetzt schon kartoffellos.

Der Sicherung der Mehl- und Brotversorgung der Stadt Halle dienten zwei Besuche bei der Reichsgetreidestelle in Berlin. Die genauen Aufklärungen, welche dem Abteilungsvorsitzenden dort und im Reichsernährungsamt über die düstere Lage unserer Volksernährung zuteil wurden, befestigten seine und vieler Fachleute Ueberzeugung, daß die Stadt Halle dem Beispiele zahlreicher anderer Kommunen folgen sollte, durch Wegfallenlassen der Zusatzbrotmarken sich eine Mehlreserve für den schlimmsten Fall zu schaffen.

Auch die Nichtselbstversorger des Saalkreises leiden unter besonders schwierigen Ernährungsverhältnissen. Da hier die Versorgung nicht von außen erfolgt, sondern aus den landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Kreises selbst durchgeführt wird, unterstützt die Abteilung tatkräftig alle Bemühungen der zuständigen Behörden, welche auf ein genaues Erfassen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Kreises und die Einhaltung der gesetzlichen Ablieferungspflicht hinzielen. Sie arbeitet hier auf der einen Seite mit den zuständigen Kreisstellen (Landratsamt, Kreiskorn-, Kartoffel-, Fleisch-, Fett-, Kohlenstelle), auf der anderen Seite mit dem Arbeiter- und Bauernrat für den Saalkreis als Zentralvertretung der örtlichen Arbeiter- und Bauernräte zusammen. Wenn die Abteilung den zahllosen Anzeigen aus den Landgemeinden wegen Uebertretung gegen die bestehenden Lebensmittelgesetze, vor allem wegen Geheimschlachtungen (so wurden in Döllnitz allein über 50 Fälle von geheimgeschlachteten Pferden aufgedeckt) nach Möglichkeit durch Haussuchungen, Bestandsaufnahmen und Beschlagnahmungen gerecht zu werden versucht, geschieht dies unter zweierlei Gesichtspunkten: Erstens ist die Lebensmittelnot so groß, daß jede, wenn auch noch so geringfügige Menge, die sich ungesetzlicherweise im Besitz eines einzelnen befindet, der Allgemeinheit zugeführt werden muß. Zweitens vermag die Abteilung, wenn sie auf solche Anzeigen eingeht, dem Vorgehen örtlicher Arbeiterräte und anderer Personen dadurch eine gesetzliche Grundlage und Regelung zu verleihen, daß sie jeden einzelnen Fall mit den zuständigen Kreisbehörden zu bearbeiten sucht.

Auf der anderen Seite wird nicht verkannt, daß die gerechteste Verteilung der vorhandenen Lebensmittel nicht imstande ist, auch nur einen Zentner Getreide oder Kartoffeln mehr zu erzeugen. Die freiwillige Arbeitsfreude des Landwirts kann durch nichts ersetzt werden. Die Abteilungsleitung möchte daher auch einem baldigen Zusammenarbeiten der revolutionären Arbeiter- und Bauernräte mit den von der Landwirtschaftskammer gewählten in rein wirtschaftlichen Fragen das Wort reden.

Das gleiche Zusammenarbeiten hält die Ernährungskommission in dieser schweren Ernährungskrise zwischen Stadt und dem Saalkreise für notwendig.

Zahllosen Wünschen in Stadt und Land auf Stellung von zuverlässigen Lebensmittelbedarfsobjekten nachkommend, wurde die Abteilung mit der Aufstellung einer 5. Sicherheits-Kompagnie betraut, welche nur diesem Zwecke dienen soll. Moralisch und militärisch einwandfreie Leute können sich, trotz mehrfacher Ueberwachung, immer noch vormerken lassen bei Kamerad Schöpke, Hotel Stadt Berlin, Zimmer 29.

Das Arbeitersekretariat.

Das Gewerkschaftskartell in Halle wurde im Jahre 1918 von 7635 Personen in Anspruch genommen. Das ist zwar eine kleine Verminderung gegenüber dem Vorjahr, doch ist diese nur auf ein anderweites Zählverfahren zurückzuführen. Die wiederholten Besuche in ein und derselben Frage sind nur einmal gezählt worden. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 7875, worunter sich 733 schriftliche befanden. Am stärksten war die Inanspruchnahme im Januar mit 844 Besuchern und 888 Auskünften. Die einzelnen Rechtsgebiete waren in den Auskünften wie folgt vertreten: Arbeiterversicherung 1147, Angestelltenversicherung 45, Arbeits- und Dienstvertrag 772, Bürgerliches Recht 2077, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 3166 (darunter 2040 Militär- und damit zusammenhängende Unterstützungssachen), Strafrecht 505, Vereins- und Versammlungsrecht 12, Arbeiterbewegung 40, Privatversicherung 60, Handels- und Gewerbesachen 3, Berichtsdienst 48. — Statistik, d. h. Eingaben an Behörden, Schreiben an Arbeitgeber usw. wurden 1641 angefertigt. Hiervon entfallen allein 410 auf den Heeresdienst und damit zusammenhängende Unterstützungssachen. Nächsthäufig war die Arbeiterversicherung mit 281 Schriftstücken usw. Persönliche Vertretungen vor Gericht usw. konnten wegen Mangels an Zeit nur in 5 Fällen übernommen werden. Gewerkschaftlich organisiert waren rund dreiviertel der Besucher. Die übrigen waren Soldaten, Witwen, Invaliden usw. Etwa ein Viertel der Besucher wohnte auswärts.

Die Unternehmer maßregeln?!

Wie uns mitgeteilt wird, weigern sich einzelne Unternehmer, einen Teil der streikenden Arbeiter wieder in Arbeit zu nehmen, was einer Maßregelung dieser Arbeiter gleichkommt. Das ist ein krasser Bruch der zwischen den Streikenden und der Regierung in Weimar getroffenen Vereinbarungen, die ausdrücklich besagen, daß Maßregelungen nicht vorgenommen werden dürfen. Die Regierung hat sich sozusagen verpflichtet, etwaigen Maßregelungen entschieden entgegenzutreten.

Wenn nach beendetem Streik einige scharfmacherische Unternehmer glauben, sie brauchten die Abmachungen nicht zu halten, so mögen sie sich gesagt sein lassen, daß ein solches Verhalten letzten Endes doch nur gegen sie selbst ausschlägt!

Die neuen Stadtverordneten.

Es sind gewählt von unseren Genossen, von der Liste Hennig, folgende 28 Kandidaten: Redakteur Hennig, Korrektor Osterburg, Schneidermeister Albrecht, Parteisekretär Reinwald, Hausfrau Binner, Geschäftsführer Koch, Redakteur Kilian, Diplom-Ingenieur Ranisch, Geschäftsführer Gelbaar, Zimmerpolier Sammtleben, Lagerhalter Weber, Redakteur Bock, Geschäftsführer Gräfe, Former Matthes, Hobler Kürbs, Hausfrau Schmidt, Architekt Fräulein, Redakteur Kaparel, Former Geißler, Kontoristin Rappsilber, Buchhalter Schweikhardt, Schlosser Böttge, Kaufmann Schmidt, Gerichtsaktuar und Leutnant Perschlandt, Gastwirt Lohse, Redakteur Koenen, Buchhändler Illgenstein und Maurer Wolf.

Die Liste Kleeis (Regierungssozialisten) erhält 6 Sitze für Arbeitersekretär Kleeis, Materialwarenhändler Gerig, Bohrer Müller, Geschäftsführer Kochanski Buchhalterin Möbius und Oberpostschaffner Dürrfeld.

Die verbundenen Listen Ritter, Wolff Kühne, Finger und Splett erhalten 32 Stadtverordnetensitze. Davon die „deutschdemokratische Liste Ritter 21 Sitze Es sind also gewählt. Kaufmann Ritter, Gewerkschaftssekretärin Schrecker, Kaufmann Georg, Universitätsprofessor Deutschem, Kaufmann Manschewski, Lehrer Plönnigs, Oberingenieur Minner, Kaufmann Borges, Geheimer Justizrat Keil, Postsekretär Balke, Frau Hedwig Kathe, Fleischermeister Manzold, Justizrat Herzfeld Weichenstellerin Winkelmann, Bankier Kurt Stechner, Handlungsgehilfe Benzemann, Baumeister Theodor Lehmann Studienrat Hoe, Wohnungsinspektorin Dr. Auguste Lange, Magistratssekretär Sorger und Gastwirt Sünderhauf.

Von der Liste Kühne (deutschnational) sind gewählt 8 Kandidaten: Werksmanagerist Kühne, Universitätsprofessor Steinbrück, Generaldirektor Bergmeister Hoffmann, Kreisschulinspektor Busse, Hausfrau Franziska Händorf, Justizrat Herold, Sozialsekretär Carlsson und Medizinalrat Dr Bundt.

Auf die Listen Splett (Christliche Volkspartei), Wolff (parteilos) und Finger (Deutsche Volkspartei) entfällt je ein Mandat. Danach sind gewählt Rektor Splett Universitätsprofessor Geheimrat Finger und Frau Irma Wolff.

Die Volksstimme — ein schamloses Verleumderblatt!

Von der Stunde an, wo das schmierige Scheidemannpapier in der Gr. Ulrichstraße sein trauriges Dasein begann, sah es seine „vornehmste“ Aufgabe in der Anpöbelung des Volksblattes. Da der von seinen Hintermännern geplante Raub des Volksblattes mißlang, legte es das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinende Blättchen darauf an, das Volksblatt für sich als Reklame mitbrauchen zu wollen. Aber dieser plumpe und allzu durchsichtige Trick hatte gleichfalls nicht den gewünschten Erfolg. Bei unserem ausgesprochenen Widerwillen gegen allen Unrat haben wir uns nur notgedrungen hin und wieder einmal mit dem Wisch befaßt. So in den letzten Tagen, als wir keine wüsten und gemeinen Schmähungen der streikenden Arbeiter niedriger hängen mußten. Wir waren dabei weit von der Annahme entfernt, bei einem Blatte vom Schlage des Arizona-Kikers nun etwa noch so etwas wie Scham- und Anstandsgefühl erwecken zu können. Bei einem richtigen Revolverblatte, das nur aus Gemeinheit, gemacht ist, sind solche Empfindungen vollständig abgestorben. Denn:

Freund, wer ein Lump ist, bleibt ein Lump,
Zu Wagen, Pferd' und Fuße;
Drum glaub' an keinen Lumpen je,
An keines Lumpen Buße.

Die Volksstimmen-Klaake ist unerschöpflich in Gemeinheiten. Wenn man einmal glaubt, jetzt müsse das Blatt doch nun endlich den Gipfel des Niederträchtigen erklommen haben, flugs bringt der nächste Tag wieder eine neue Steigerung. Die letzte Gemeinheit die sich das Revolverblatt gegen das Volksblatt leistet, sieht so aus

„... Uebrigens ist auf diese Plünderungen — aus begreiflicher Scham — das Volksblatt mit noch keinem Worte der Mißbilligung zu sprechen gekommen. ... War der organisierte Raub aber wirklich eine Lumpung“ für das Herkommen (!) der Truppen (welch ein klassisches Deutsch! Red.), so machen sich die Unabhängigen selbst für die Gemeinheiten wenigstens moralisch mitverantwortlich. ...“

Wenn wir uns noch einmal dazu herbeilassen, dem ehrenwerten Organ für Verunglimpfung streikender Arbeiter überhaupt sachlich zu antworten, so ist ihm auf seine lügenhafte und verleumderische Behauptung das Folgende zu erwidern: Wir haben diese Plünderungen nicht nur „mißbilligt“, sondern sie — man denke! — sogar scharf verurteilt. Beweis: Nr. 54 des Volksblattes vom Mittwoch, den 5. März 1919, zweite Seite, erste Spalte. Freilich haben wir dabei zugleich auch nicht unterlassen, unseren sozialistischen Standpunkt zu den Dingen darzulegen. Ein Aehnliches zu tun, das kann man allerdings von einem regierungssozialistischen Blatte, das der Reaktion offene Zuhälterdienste leistet, unmöglich verlangen. — Stellen wir nun, abschließend, der dreisten Verlogenheit und den niedrigen Unterstellungen des regierungssozialistischen Schwindelpapiers die Wahrheit und die Tatsachen gegenüber, so ergibt sich unabweisbar der Schluß: Die Volksstimme ist ein ganz niederträchtiges und schamloses Verleumderblatt!

•

Eine andere Lumperei der Volksstimme (aus dem gleichen — dem einen — Schmähartikel!) sei aber noch aufgewickt.

„... Uebrigens eine merkwürdige „Rache“, harmlosen Geschäftsleuten, die zum Teil das Volksblatt durch ihre großen Inseratenaufträge (!) aufzuhelfen (!) haben, Hab und Gut wegzustehlen und die Geschäftsräume in Brand zu stecken! ...“

Auch für diese Lumperei zeichnet ein gewisser Max Seidewitz verantwortlich. „Ein zuckersüßes Bübchen, in der Tat!“

Milderung des Belagerungszustandes.

Im Laufe des heutigen Nachmittags erläßt der Kommandant des Landesjägerkorps, Herr General Maerker, eine Bekanntmachung, wonach der Belagerungszustand insofern eine kleine Milderung erfährt, als von heute an die Straßen erst um 9 Uhr abends von der Bevölkerung geräumt sein müssen. Morgens können die Straßen schon um 5 Uhr ohne Ausweis betreten werden.

Es gibt wieder Gas.

Das städtische Gaswerk hat inzwischen seinen Betrieb wieder aufgenommen, nachdem festgestellt ist, daß sich ausreichende Kohlenmengen auf dem Wege hierher befinden. Nach der heute morgen an den Plakatsäulen angeschlagenen Bekanntmachung der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke soll heute abend um 6½ Uhr zum erstenmal wieder Druck in das Rohrnetz gegeben werden, wobei die Gasverbraucher einige Vorsichtsmaßregeln zu beobachten haben, die dadurch bedingt sind, daß sich das Rohrnetz während des Stillstandes des Betriebs zum Teil mit Luft angefüllt hat und die das Auftreten von Explosionen verhüten sollen. Es wird empfohlen, zwecks Entlüftung der Haupt- und Anschlußleitungen um 6½ Uhr einen größeren (Koch-)Brenner ganz zu öffnen, ohne jedoch zu zünden. Erst wenn am Brenner deutlicher Gasgeruch wahrnehmbar ist, soll gezündet werden. Die Fenster sollen während dieser Zeit geöffnet sein. Für den Fall, daß längere Zeit vergeht, bis Gas ausströmt, lasse man den Hahn nicht unbeaufsichtigt offen! — Nach der heutigen Bekanntmachung des Vertrauensmannes des Reichsamts mußten ist bis auf weiteres die Gasentnahme von morgens 6 Uhr bis abends 6½ Uhr gesperrt.

• **Der Eisenbahnverkehr** ist wieder langsam in Gang gekommen. Es verkehren ab Halle, soweit möglich, folgende Züge: In der Richtung Magdeburg 6.38 vorm., 1.30, 3.44 nachm., 8.35 abends; Halberstadt 4.18 nachts, 3.38 nachm., 6.16 abends; Kassel 4.45 nachts, 8.44 vorm., 1.58 nachm., 6.16, 9.44 abends; Kottbus 6.46 vorm., 3.05 nachm., 6.13 abends; Berlin 1.05, 3.10 nachts, 6.09, 11.07 vorm., 2.10, D. 5.31 nachm., 6.00, D. 7.42 abends; Thüringen 4.36, 4.52, 5.02 nachts, (7.00, 7.10 nach Lerna), 7.45, 10.30, D. 11.25 vorm., D. 12.53, 12.30, 12.58, 1.58 nachm., 6.20, 8.30, 9.02, 10.06 abends.

• **„Ein Bild aus der guten alten Zeit.“** Das kapitalistische Bürgertum weiß, was es an seinem Noske und seinen Regierungstruppen hat. Das kommt besonders in der „Liebesgaben-Sammlung für die Landjäger“ zum Ausdruck, der man sich bereits mit Eifer hingab, noch ehe die Regierungstruppen in Halle auch nur „recht warm“ geworden waren. Schon am zweiten Tage ihres Hierseins spendete ihnen der Aktionsausschuß für den „Bürgerfrieß“ 35 000 Zigaretten, und mit dem Klingelbeutel hat man bisher wohl schon über 25 000 Mark „für die Freiwilligen Landesjäger“ zusammengebracht. — Die Landesjäger zeigen sich für diese liebevolle Fürsorge aber auch sehr dankbar. Sie fordern mit Hingabe dafür, daß die liebebedürftigen Schönen von Halle (und auch weniger Schöne!) der „Liebe“ nicht mehr zu entbehren brauchen, und den braven Bürgersmann zaubern sie „die gute alte Zeit“ wieder durch „glänzende militärische Paraden“ vor Augen. So am Sonnabend auf der Alten Promenade, am Stadttheater. Es war „riesig nett“. „Allenthalben,“ schreibt entzückt die Hallische Zeitung, „hörte man in der Menge freudige Kundgebungen über das lange nicht gesehene militärische Schauspiel.“ — Ja, es sind Kerle, diese Landesjäger sogar die Herzen und Federn der Hallischen Lokaldichter setzen sie in Bewegung, und es kommen dann „Gedichte“ von dieser Qualität zustande:

„Dir aber dankt, ob arm ob reich,
Die Fleischer, Händler, Schuster
Und Hallschen Handwerker
General Maerckerl!“ —

„Auf dem Stadttheater wehten die Farben des alten Reiches — ein Bild aus der guten alten Zeit ...“ schreibt die Hallsche Zeitung freudig bewegt und zugleich doch auch wieder voll des wehmütigen Schmerzes darüber, daß mit dieser „guten alten Zeit“ auch die Tage der preußischen Junkerherrlichkeit und -herrschaft für immer vorüber sind. Zu der „guten alten Zeit“ gehörte ja übrigens auch Wilhelm der Letzte, infolge dessen aloirreicher Regierung das deutsche Volk jetzt dem Untergang entgegengeht. In Wirklichkeit war also gerade „die gute alte Zeit“ eine Unglückszeit für Deutschland.

• **Der Belagerungszustand und die „alten Korpsstudenten“.** In der Saalezeitung finden wir das folgende Inserat: „Bezirksverband alter Korpsstudenten für Halle a. S. und Umgegend. Wir laden hiermit Mitglieder und Gäste zu einer am Mittwoch, den 12. März 1919, abends 8 Uhr (!), im Bierrestaurant der Tulpe, Alte Promenade 5, stattfindenden Zusammenkunft ergebenst ein. Vom 13. März 1919 ab finden wieder jeden Montag, abends 8½ Uhr, zwanglose Zusammenkünfte in Stadt Hamburg statt. Der Vorstand.“

Nach den Bestimmungen des Belagerungszustandes müssen bekanntlich alle gewöhnlichen Bürger um 7 Uhr abends in ihren Penaten weilen. Für die Teilnehmer an den Bierabenden der „alten Korpsstudenten“ scheint demnach, diesem Inserat zufolge, diese Bestimmung keine Geltung zu haben.

• **Das Walhalla-Operetten-Theater** öffnet am Sonntag seine Pforten wieder mit der Operette „Die Falchingsfee“. Die Vorstellungen beginnen bis auf weiteres nachmittags ½4 Uhr, Ende 6 Uhr. Die für die ausgefallenen Vorstellungen gelösten Karten werden für kommenden Montag bis Donnerstag umgetauscht.

• **Was alles gefunden wird.** Von einem hiesigen Arbeiter wurde ein großer Posten Galanterie- und Bijouteriewaren, die er angeblich am Kräuenberge gefunden haben will, der zuständigen Polizeiwache übergeben. — Im Laufe des Sonntags wurden in der Nähe des Galgenberges folgende Gegenstände, die anscheinend von Plünderern weggeworfen sind, gefunden: 1 blaues Damenkostüm, 1 blaues Damenjackett, 2 graue Jacketts, 3 Paar Schnürschuhe mit Gummisohlen, 2 blaue Ueberzieher, 3 Stoffröcke und mehrere scharfe Patronen. — Beim Nachgraben in einem Schrebergarten an der Weißenfelserstraße wurden noch 21 Pakete Zwieback, 42 Pfund Mehl, 14 Pfund Erbsen, 1 Büchse Konserven und 1 Zilinderhut gefunden. Der Inhaber der Sachen war schon vorher festgenommen worden.

• **Festgenommene Plünderer.** Vom Sonnabend zum Sonntag wurden 35 und von Sonntag zum Montag 4 Personen wegen Plünderns festgenommen.

• **Im Zeitalter der Handgranaten.** In der Nacht zum Sonnabend wurde von einem Grundstück der Alten Promenade aus eine Handgranate gegen das Stadttheater, in welchem sich Regierungstruppen befinden, geworfen, ohne Schaden anzurichten. Daraufhin wurden mehrere Häuser am Stadttheater von Landesjägern unter Gewehrfeuer genommen, umstellt und abgesucht. Der Täter wurde nicht ermittelt.

Nietleben. Gemeingefährlicher Schießbold. Als kürzlich der 15jährige Hermann Grauert von hier abends gegen 11 Uhr mit seinem Bruder vom Volkspark in Halle durch die Heide nach Nietleben zurückkehrte, fielen drei Schüsse, wobei H. Gr. durch den Bauch geschossen wurde und vor seinem Bruder niederfiel. Dieser brachte ihn noch bis zum Kolkturm und von dort aus wurde der Bedauernswerte mit herbeigeholtem Wagen aus der elterlichen Wohnung nach Hause befördert. Wer den Scharfschuß abgegeben hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Zscherben. Wer streikt weiter? Die Belegschaft der Grube Alt-Zscherben, in Stärke von 197 Mann, wollte heute die Arbeit aufnehmen. Sie wurden jedoch zurückgewiesen mit der Begründung, der Beamtenstreik sei noch nicht beendet.

Mörlitz. Die Gegenrevolution regt sich. In einer Versammlung, die auf Veranlassung des Landrats stattfand, legte der Gemeindevorsteher den Plan der Gründung einer „Sicherheitstruppe“ vor. Nach längerer Beratung lehnten die Gemeindemitglieder diesen Plan ab mit der Begründung, daß für Mörlitz die Notwendigkeit nicht vorliegt. Um sich an der Besetzung anderer Orte oder Städte zu beteiligen, dafür verspüre man in Mörlitz keine Lust. Das ist also der Plan der Gegenrevolution in aller Form. Was sagen Ebert-Scheidemann dazu?

Briefkasten der Redaktion.

B. 20. Nach dem jetzigen Recht beerbt ein uneheliches Kind seinen Vater nicht, da es mit ihm nicht verwandt ist. Sind jedoch Unterhaltsgelder rückständig, so müssen diese aus dem Nachlaß voll bezahlt werden. — Die achtstündige Arbeitszeit gilt auch für Lehrlinge. Diese haben also nicht nötig, länger zu arbeiten.

E. M., Jena und andere. Das verspätete oder unregelmäßige Eintreffen der Zeitung an Postbezieher liegt lediglich an der Postbeförderung, in der Regel an der Bahnpost. Der Verlag gibt die Weisung der Auflage für alle Postbezieher dem Postamt in Halle zusammen und regelmäßig auf. Von dort aus erfolgt die Verteilung und Weiterbeförderung an die Postanstalten der Bezieher. Das Postamt ist also in der Lage, die rechtzeitige und vollzählige Auflieferung der Postauflage zu kontrollieren und fehlende Eingänge nachzufordern. Letzteres trifft auch auf die Postanstalten der Bestellbezirke zu.

C. R. 400. Auch wenn Sie sich vorschriftsmäßig angemeldet haben und das Verfahren bei der Steuerbehörde liegt, müssen Sie die Steuern vom Mai 1918 an nachzahlen.

Chr. L. Sch., Lenna. Wenn Sie mit Ihren Ansprüchen auf Schadenersatz überall abgewiesen worden sind, so wenden Sie sich einmal an das Ministerium des Innern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190310-17/fragment/page=0003

Aus der Provinz.

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen.

Erst jetzt ist es uns möglich, die Resultate der am 2. März in den Städten unseres Verbreitungsgebietes vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen in gedrängter Kürze mitzuteilen. In einer ganzen Reihe von Städten hat die Wahlschlacht, die durch den großen sozialen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht so in die Erscheinung trat, der Sozialdemokratie den Sieg über das vereinigte Bürgertum gebracht. Außerordentlich günstig hat durchweg die Unabhängige Partei abgeschnitten, und dort, wo man mit getrennten Listen vorging, ist das Ergebnis geradezu in die Augen springend, gegenüber den Resultaten, die erzielt wurden in Orten, wo gemeinsame Listen mit den Regierungssozialisten eingereicht waren.

Nach dem Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in **Eilenburg** wird das neue Stadtparlament zu zwei Dritteln aus Sozialdemokraten, zu einem Drittel aus Bürgerlichen bestehen. Bisher war es umgekehrt. Gewählt wurden 17 Unabhängige, 2 Regierungssozialisten, 11 Bürgerliche. — In **Delitzsch** sind 11 Unabhängige, 6 Regierungssozialisten, 13 Bürgerliche gewählt. — Bei der Wahl in **Eisleben** wurden 16 Unabhängige, 3 Regierungssozialisten und 17 Bürgerliche gewählt. — Die Wahl in **Merseburg** brachte der unabhängigen Liste 13 Sitze, den Regierungssozialisten 3 Sitze, den Bürgerlichen 20 Sitze. — In **Düben** kamen bei sehr schwacher Beteiligung auf die Unabhängigen 4 Sitze, auf die Bürgerlichen 8 Sitze. — Von den 18 zu wählenden Stadtverordneten in **Schmiedeberg** wurden 3 Regierungssozialisten gewählt. Die von unseren Genossen eingereichte Liste wurde beanstandet, weshalb Wahlentschaltung geübt wurde. — In **Herzberg** wurden 9 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt. — Bemerkenswert ist das Wahlresultat von **Torgau**, wo 19 bürgerliche Stadtverordnete gewählt wurden, während auf die gemeinsame sozialdemokratische Liste nur 11 Sitze entfallen. — Bei der Wahl in **Sangerhausen** gewann die U. S. P. 14, die Regierungssozialisten 4 und das vereinigte Bürgertum 12 Sitze. — In **Artern** entfielen auf die Unabhängigen 14, die Bürgerlichen 10 Sitze. — In **Querfurt** wurden 9 sozialdemokratische und 9 bürgerliche Stadtverordnete gewählt. — Bei den **Naumburger** Wahlen erhielten die Unabhängigen 4 Sitze, die Regierungssozialisten 8 und die Bürgerlichen 24 Sitze. — **Hedlbungen:** U. S. P. 4, Bürgerliche 8 Sitze. **Kölleda:** Sozialdemokraten 6, Bürgerliche 12 Stadtverordnete. **In Kelbra** erhielt die unabhängige Liste 7, die bürgerliche 5 Sitze. — **In Stolberg** wurden 6 sozialdemokratische und 6 bürgerliche Stadtverordnete gewählt. — **In Bad Bibra** wurden 4 Sozialdemokraten und 8 Bürgerliche gewählt. — Das vereinigte Bürgertum errang in **Laucha** 7 Sitze, die Unabhängigen 5 Sitze. — **Freyburg** hat 5 Unabhängige, 2 Regierungssozialisten, 11 Bürgerliche. — In **Nebra** erhielt die Liste der Unabhängigen 7 Sitze, die der Bürgerlichen 5 Sitze. — In **Liebenwerda** wurden 6 Sozialdemokraten und 12 Bürgerliche gewählt. — In **Uebigau** 3 Sozialdemokraten, 9 Gegner. — **Elsterwerda:** 8 Sozialdemokraten, 10 Bürgerliche. — **Ortrand:** 4 Sozialdemokraten, 8 Bürgerliche. — In **Jessen** wurden von der sozialdemokratischen Liste 5, von der bürgerlichen 13 Stadtverordnete gewählt. — **Roßla:** 9 Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche. — **Belgern:** Sozialdemokraten 10, Bürgerliche 8 Sitze. — **Dommitzsch:** Unabhängige 5, Bürgerliche 7 Sitze. — **Brettin:** 3 sozialdemokratische, 9 bürgerliche Sitze. — **Annaburg** wählte 13 Sozialdemokraten und 8 Bürgerliche. — **Schildau:** 2 Unabhängige, 3 Regierungssozialisten, 7 Bürgerliche. — **Röderaue:** Unabhängige 8, darunter eine Frau, Rechtssozialisten 4, Bürgerliche 6 Stadtverordnete. — In **Lübejün** wurden 7 unabhängige und 5 bürgerliche Stadtverordnete gewählt. — **Lauchstedt:** 4 Unabhängige, 8 Bürgerliche.

In den nächsten Tagen werden alle die Veränderungen dieser Stadtparlamente mit sozialistischem Gepräge durchdrungen sein und die bisherigen Bemühungen werden sich den erhöhten Anforderungen unserer Kommunalprogramme nicht widerstehen können. Unsere Stadtverordneten wissen sehr wohl, daß sie ein schweres Erbe übernommen haben und daß die erstrebten Verbesserungen in der Kommune nicht von heute auf morgen zu verwirklichen sind. Sie werden aber mit Beharrlichkeit an ihre schwierige Aufgabe herangehen, um zu wirken im Interesse der Gesamtheit und damit auch für die Arbeiterklasse.

Steudten. Parteigründung. Kürzlich fand für die Orte Steudten, Dornstedt und Alendorf eine gut besuchte Versammlung statt. Es wurde für Steudten ein Distriktsverein der U. S. P. D. gegründet. Vertrauensmann ist Fritz Hennemann, Kassierer Franz Lohse. Für Dornstedt und Alendorf ist Vertrauensmann Genosse Leidhan und Kassierer Genosse Kühne. Der Werbeabend bei der Genossen Bönicke und Schlegel aus Teutschenthal ist es zu danken, daß endlich in dieser schwarzen Ecke einige hundert Mitglieder uns zugeführt werden konnten.

Sandersleben. Das Wahlresultat der Gemeinderatswahl hatte folgendes Ergebnis: U. S. P. fünf Mandate, Regierungssozialisten sieben Mandate, Bürgerliche drei Mandate. Die Ruchsozialisten hatten uns eine gemeinsame Liste angeboten mit vier Mandaten, jedoch das vierte erst an 14. Stelle. Dieses Anerbieten wurde von uns mit Recht abgelehnt.

Sangerhausen. Der neue Landrat des Kreises Sangerhausen stellte sich in der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Kreisausschusses vor und begründete u. a. eine Protestkundgebung gegen die Lostrennung des Kreises von Preußen. Es gehe um die Zukunft des Kreises Sangerhausen. Angestrebt wird die Bildung eines Freistaates Großthüringens, dem auch unser Kreis angegliedert werden soll. Hiergegen muß in schärfster Weise Protest erhoben werden. Es darf nicht geduldet werden, daß Preußen, das schon im Osten stark geschwächt werden wird, auch hier im Innern noch durch Abtretung reicher Ländereien völlig zerstückelt wird. Preußen muß fest bleiben, daran haben wir das größte Interesse. Der Kreistag stimmte diesen Ausführungen zu und erteilte die Genehmigung, daß bei der Nationalversammlung Protest eingelegt wird.

Köthen. Ein vernünftiger Beschluß. Nach einem Beschluß der Kreisbaureterats-Konferenz des Kreises Eckartsberga sind sämtliche Tanzlustbarkeiten bis auf weiteres im ganzen Kreise untersagt. Ausgenommen von dem Verbot sind Konzerte, Theater, sowie Aufführungen, welche einen künstlerischen Wert besitzen.

Herzberg. Schwarze Pocken. Wie berichtet wird, ist in Nedlitz ein Fall von Schwarzen Pocken festgestellt. Obgleich sofort alle sanitären Maßnahmen getroffen sind, sodaß ein Umsichgreifen der Seuche ausgeschlossen erscheint, ist doch Vorsicht dringend geboten.

Wittenberg. Verkauf von Lebensmitteln. In der laufenden Woche gelangen folgende Lebensmittel in allen einschlägigen Geschäften des Kreises zum Verkauf: 1. Von Dienstag, 11. März, an auf die Marken H. W. 2 und N. W. 28 ein halbes Pfund Kunsthonig; 2. von Mittwoch, 12. März, an auf die Marken H. W. 3 und N. W. 1 ein halbes Pfund Kaffee-Ersatz; 3. von Donnerstag, 13. März, an auf die Marken H. W. 4 und N. W. 2 ein halbes Pfund Graupen; 4. von Freitag, 14. März, an auf die Marken H. W. 5 und N. W. 3 ein Würfel Maggi-Suppe; 5. am Sonnabend, 15. März, auf die Speisefettmarke Nr. 4 (gültig vom 9. bis 15. März) Butter. Der Verkauf der unter 1—4 genannten Lebensmittel erfolgt in der Stadt Wittenberg auf Lebensmittel-Kontrollbuch) unter Abgabe der vorstehend genannten Marken, in den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises auf die Markenkarten des Kreises für Versorgungsberechtigte.

Köthen. Die Stadtverordnetenwahl hat der U. S. P. einen großen Erfolg gebracht. Die Stimmenzahl hat sich für unsere Partei seit der letzten Wahl mehr als verdoppelt. Hatten wir am 26. Januar 1077, so vereinigten wir auf unseren Wahlvorschlag zur Stadtverordnetenwahl 2438 Stimmen; und fielen somit sieben Sitze zu. Von den Gewählten sind zwei Frauen. Die Regierungssozialisten haben seit der Preußenwahl über 2000 Stimmen verloren, und hatten bei dieser schon weniger als bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung. Auch die bürgerlichen Wähler haben eine weit geringere Stimmenzahl aufgebracht. Immerhin erhalten auch die Regierungssozialisten 17 Mandate, so daß beide sozialdemokratischen Parteien zusammen genau die Zweidrittel-Majorität aufweist. Wie sich nun das Verhältnis der beiden Parteien zueinander im Rathause gestalten wird, bleibt abzuwarten, in ziemlich sicherer Voraussicht steht aber ein Zusammengehen beider Parteien gegen die Bürgerlichen. Der Arbeitersekretär und Stadtrat Müller, der von den Bürgerlichen, besonders vom hiesigen Anzeiger, ungeheuer vor den Wahlen angegriffen wurde, setzte sich dagegen noch in letzter Stunde zur Wehr und schwur den Bürgerlichen Urfehde, stellte dagegen ein Zusammengehen mit uns in Aussicht. Gelingt es, ein ersprießliches Zusammenarbeiten möglich zu machen, so liegt einer wirklich sozialdemokratischen Politik im Stadtparlament nichts im Wege.

Briefkasten der Redaktion.

Wohnungsuch. Wenn es zutreffend ist, was Sie schreiben, daß in der „Alfred-Müller-Stiftung" hier in Halle wenige Frauen in einer größeren Anzahl von Räumen wohnen, so geben wir Ihnen darin recht, daß diese mit Rücksicht auf die Wohnungs- und Kohlenknappheit enger zusammenziehen und obdachlosen Familien Raum bereiten könnten.

Leser des Volksbl. Die Steuern sind von dem auf die Entlassung folgenden Monat an zu zahlen.

Die rote Fahne.

Wir lagen am Boden und ächzten schwer,
Und über uns brauste das Wetter her.
Voll Feinde die Welt.

Die setzten uns auf den Nacken den Fuß
Und sandten uns grimmigen Hohn zum Gruß.
Unser Wehruf gellt.

Da rauschte empor unsres Herzens Blut,
Da loderte unseres Zornes Glut.
Wir machten uns frei.

Zersprengten die Fesseln, die uns umkrallt;
Da war der Fürsten Herrschergewalt
Zerspellt und vorbei.

Hoch flattert die Fahne. Die Fahne ist rot.
Die färbte mit Herzblut Gevatter Tod
Die Farbe hält.

Die rote Fahne geht uns voran.
Wir folgen der Fahne, Weib und Mann,
Und zwingen die Welt.

Henriette Fürth.

Verantwortlich: für Politik Paul Hennig; für Hallesche Angelegenheiten: Karl Bock. Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei, G. m. b. H. Sämtlich in Halle.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Verkauf von Wurstkonserven
(Sonderverteilung)

in der Talamtschule, am Dienstag, den 11. März 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 10001—12000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 12001 bis 14000 nachmittags von 2—5 Uhr. An Haushalte mit 3—4 Personen kann eine Dose, an Haushalte mit 5—8 Personen können zwei Dosen und an Haushalte über acht Personen können drei Dosen zum Preise von 6,— Mark für die Einpfunddose abgegeben werden. Haushalte mit 1—2 Personen werden bei einer späteren Verteilung berücksichtigt. Diejenigen Haushalte, welche bei Sonderbelieferungen (Pflaumen, Brot, Wurst usw.) schon beliefert sind, haben bei dieser Verteilung keinen Anspruch auf Belieferung. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Halle, den 10. März 1919. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Grieß** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 11. März 1919. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 48 Pfennige für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Grieß einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt noch nach alter Kundenliste. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 282 des Warenbezugscheines 20 zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Halle, den 10. März 1919. **Der Magistrat.**

Eretsich-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Teetsche wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Dienstag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt. Für jede Person eines Haushaltes wird ca. ein halbes Pfund abgegeben. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein 19, Abschnitt 250. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine der Nummern 12001—59000.

Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 250 der Warenbezugsscheine 19 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 10. März 1919. **Der Magistrat.**

Der städtische Verkauf von **ungarischen Bienenhonig** zum Preise von 15,— Mark für das Pfund wird in der Talamtschule fortgesetzt. — **Von Kartoffelstärke in Tüten** sind dem Magistrat weitere Posten zu billigerem Preise überwiesen worden und findet der Verkauf in der Talamtschule zum Preise von 60 Pfg. für die Dose statt.

Halle, den 10. März 1919. **Der Magistrat.**

Die Ausgabe der **Reichsfleischkarten** für die Zeit vom 17. März bis 13. April d. Js. erfolgt vom 12. März ab zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen.

Halle, den 10. März 1919. **Der Magistrat.**

Diejenigen Hausbesitzer und Geschäftsinhaber, welche anläßlich der Unruhen Schäden an unbelegten und belegten Spiegelscheiben sowie an sonstigen Glasarten erlitten haben, werden hiermit aufgefordert, vor Beseitigung der Schäden, den vom Magistrat zum Sachverständigen bestellten Herrn Kaufmann **Max Krause**, in Firma W. Krause, Bradenstraße 13, bei dem Aufmaß der verbleibenden Bruchstücke hinzuzuziehen. Der Wert der Bruchstücke muß im Verfahren zur vorläufigen Schadensfestsetzung Berücksichtigung finden.

Halle, den 8. März 1919. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Gemäß Ziffer 1 der Bekanntmachung des Magistrats vom 26. September 1918 betr. die Sicherstellung des Betriebes des städt. Gaswerks setze ich mit **Wirkung vom 11. März die Sperrzeit** für die Entnahme von Gas aus der städt. Gasleitung auf

6 Uhr vormittags bis 6½ Uhr nachmittags

fest. Während der Sperrzeit darf im Versorgungsgebiet des städt. Gaswerks kein Gas entnommen werden.

Halle, den 9. März 1919.

Der Vertrauensmann d. Reichskommissars f. d. Kohlenverteilung
(Abt. Gas und Wasser). 5574

Bekanntmachung.

Wegen Kohlenmangels wird der Betrieb bis auf weiteres vollständig eingestellt.

Halle, den 25. Februar 1919.

*3378 **Halle-Hettstedter Eisenbahn.**

Bekanntmachung.

Gemäß § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 sowie der Bekanntmachung über Speisefette vom 15. September 1916 und der Anordnung über den Milchverbrauch vom 21. Juli 1917 wird hierdurch folgendes angeordnet:

§ 1. In allen Gemeinden des Kreises — gegebenenfalls für mehrere benachbarte Gemeinden und Gutsbezirke zusammen — sind Ausschüsse zu bilden, welche die Ablieferung von Milch und Butter durch die Kuhhalter nachzuprüfen und die Verteilung dieser Erzeugnisse in den Gemeinden nachzuprüfen haben.

§ 2. Die Ausschüsse müssen aus 1 oder 2 Kuhhaltern und 1 oder 2 unparteiischen und von Arbeitgebern unabhängigen Versorgungsberechtigten — Männern oder Frauen — bestehen, welche ihre Tätigkeit ehrenamtlich auszuüben haben und von den Gemeindevertretungen (Gemeindeversammlungen) gewählt werden.

§ 3. Die Kuhhalter sind verpflichtet, genaue Aufzeichnungen über die Erzeugung von Milch und deren Verwendung zu machen, und zwar auf den ihnen von den Gemeinden zu diesem Zwecke zugestellten Formularen. Kuhhalter, welche einem von dem Kreisausschusse anerkannten Milchkontrollvereine angehören, haben die von diesem Vereine vorgeschriebenen Formulare auszufüllen.

§ 4. Die Nachprüfungsausschüsse haben die gemachten Aufzeichnungen nachzuprüfen. Wenn die Ablieferung nicht genügend erscheint, ist der Ausschuß berechtigt, den Milchviehbestand und die Milcherzeugung einer Nachprüfung zu unterziehen. Die Kuhhalter sind zu diesem Zwecke verpflichtet, den Mitgliedern des Ausschusses den Zutritt zu ihren Ställen zu gestatten.

Wenn in einem Orte oder dessen nächster Nachbarschaft Maul- und Klauenseuche oder ähnliche Seuchen herrschen, so fällt während der Dauer der Sperre diese Verpflichtung fort.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Halle, den 28. Februar 1919.

Der Kreisausschuß des Saalkreises: v. Krosigk.

Der Arbeiter- u. Bauernrat des Saalkreises: Richter.

Hosenträger
Mk. 2.25 bis 7.50.
C. Klappenbach,
4900 Gummiwaren,
Große Ulrichstraße 41.

Reparaturen
4539 an
:: **Uhren** ::
übern. bei solider Ausführung zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher,
Kl. Klausstr. 18 (dicht am Markt), Gr. Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstraße).

Jg. Ehep. sucht Wohnung per sof. od. 1. 4. Zu erfr. Ammendorf, Langestr. 21, III. *3765

Abwaschbare Spielkarten,
stets sauber, statt und schön,
1 Spiel 1.75,
12 Spiele 19.00.
Dauerwäsche-Vertrieb,
Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts, Ecke Sternstr.
4880

Zeitungsverkäufer
für hiesigen Platz bei hohem Verdienst gesucht. Auskunft und Probenummern geg. 1 20-Pfg.-Marke.
A. Stöber, Braunschweig,
Gördelingerstr. 15.

Auf meinem Grundstück in Ammendorf gebe ich für das Jahr 1919 den Acker nicht wieder zur unentgeltlichen Benutzung frei. Ich fordere dagegen diejenigen Leute, welche denselben bisher benutzt haben, auf, die weitere Bestellung der Parzellen einzustellen. 5565
Carl Bauch, Halle.

Walhalla-Operetten-Theater. 5575
Anf. 1¼ Uhr. Ende 6 Uhr.
Die Faschingsfee.
Kinder und Soldaten halbe Preise.
Kasse 10—1½ und 4—6 Uhr.

Achtung!
Sämtl. Schuhmacherartikel, Absätze, Schnürsenkel, Schuhcreme, braun u. schwarz. 5760
Bestellungen auf Schäfte u. Massarbeit nimmt an
Fried. Jahn,
Ziegelrode Nr. 13 c.

Parteischriften empfiehlt
Volksbuchhandlung.

Ehrenerklärung.

Nehme hiermit die Beleidigung, welche ich i. d. Generalversammlung d. A. F. V. zu Lettin geg. Hrn. Otto Eberhardt getan habe, zurück u. erkläre selbigen für ehrenhaft. *5574
Herm. Hense, Lettin.

Nach langem, schwerem, aus dem Felde zugezogenem Leiden entschlief unser hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Füsilier

Paul Kittel (Ritter des Eisernen Kreuzes II. Kl.)

im blühenden Alter von 21 Jahren. Er folgte seinem lieben Bruder Kurt nach 2 Jahren in die Ewigkeit nach.

Ach Schicksal, wie bist du so hart!

Halle a. d. S., den 10. März 1919, Grünstr. 28.

Mit der Bitte um stilles Beileid,

5578

die trauernden Hinterbliebenen
O. Kittel nebst Frau Martha geb. Butzmann und Geschwister.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom liebsten, was man hat,
Muß scheiden!

Nachdem mir vor 2 Jahren mein innigstgeliebter Gatte durch den Weltkrieg entrissen wurde, ging Sonntag, früh 1 Uhr, auch mein einziger, süßer Herzensliebling, mein einziges Glück, unser aller Sonnenschein

Kurichen Gödel

im Alter von 2 Jahren 5 Monaten, nach kurzer, schwerer Krankheit, von mir. Er folgte seinem lieben Väterchen in die Ewigkeit nach und läßt mich einsam und verlassen zurück.

Halle a. d. S., den 10. März 1919, Harz 35 pt.

In tiefem Weh: 5572

Frau **Martha Gödel** geb. **Rausch**
nebst allen Angehörigen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190310-17/fragment/page=0004